



Zurückgetretener Vorsitzender Meyer, Gegner Schneiderman: „Wie in der offenen Psychiatrie“

HAUPTSTADT

# „Halt mal die Schnauze“

In der Jüdischen Gemeinde zu Berlin bekriegen sich Zuwanderer und Alteingesessene. Es geht um fragwürdiges Finanzgebaren und Verbindungen ins kriminelle Milieu.

Wenn Julius Schoeps, Historiker und Nachfahre des großen Aufklärers Moses Mendelssohn, auf seine Gemeinde zu sprechen kommt, ziehen sich tiefe Furchen über die Stirn des Professors. „Neid und Machtgelüste“, erregt sich Schoeps, der Vorsitzende des „Repräsentanz“ genannten Gemeindeparlaments, „haben die Führung gelähmt.“ Es gehe zu „wie in der offenen Psychiatrie“.

In der größten jüdischen Gemeinde Deutschlands bekriegen sich zwei Fraktionen, die kulturell und sozial durch einen tiefen Graben getrennt sind. Auf der einen Seite stehen Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, die rund 8400 der 11 200 Mitglieder stellen und jetzt die Macht übernommen haben; auf der anderen sehen sich die alteingesessenen Berliner vom „homo sovieticus“ in die Enge getrieben.

Der Streit eskalierte in der vergangenen Woche: Dienstag durchsuchten Staatsanwälte und Kriminalbeamte, die wegen Ausschreibungsbetrugs und Untreue ermitteln, das Gemeindehaus und sieben weitere Büros und Wohnungen in Berlin; am Mittwoch trat der Gemeinde-Vorsitzende Albert Meyer zurück.

So wie in vielen weltlichen Kommunen, die Zuwanderer aus der einstigen Sowjetunion aufgenommen haben, geht es auch in der Glaubensgemeinschaft um Macht und Einfluss. Anders als bei den Jugendlichen, die um die Vorherrschaft auf der Straße kämpfen, werden die Auseinandersetzungen um die größte jüdische Gemeinde Deutschlands nicht mit den Fäusten, son-

dern mit Worten ausgetragen – aber deshalb kaum weniger brutal. Meyer hatte wochenlang von „stalinistischem Rufmord“ gesprochen, am Mittwoch ereiferte man sich über „Liquidationen“ und eine von den streitenden Parteien provozierte

„Spaltung“. Bevor unlängst eine Alteingesessene als Vorsitzende der Repräsentanz zurückgetreten war, hatte sie ihren Stellvertreter, einen Zuwanderer, in einer öffentlichen Sitzung angeherrscht: „Jetzt halt mal die Schnauze!“

Dabei sollte eigentlich alles anders werden. Eine Gruppe von Zuwanderern und Alteingesessenen hatte sich vor der letzten Wahl zur Repräsentanz im November 2003 in der Liste „Kadima“ (hebräisch für „vorwärts“) zusammengeschlossen und 20 von 21 Sitzen erobert. Endlich wollte man einträchtig den Haushalt sanieren, der im vergangenen Jahr bei einem Volumen von rund 25 Millionen Euro ein Defizit von 2,3 Millionen Euro aufwies.

Doch dann begann ein bizarrer Machtkampf. Auf der einen Seite Meyer, ein stets gebräunter Rechtsanwalt und Notar, der zu einer Jubiläumsfeier schon mal Friedrich Christian Flick einlud („Da habe ich fahrlässig gehandelt“) und das Holocaust-Mahnmal als „reinsten Horror“ bezeichnete. Auf der anderen sein Stellvertreter Arkadi Schneiderman, im weißrussischen Minsk geboren und über Israel nach Berlin gekommen. Der Journalist wurde auf Initiative Meyers wegen angeblicher Illoyalität als Personaldezernent abgesetzt und brachte daraufhin seinen Nachfolger Fredy Gross mit Misstrauensanträgen zum Rücktritt. Doch nachdem zwei Gefolgsleute Schneidermans in den Vorstand nachgewählt wurden, wurde dieser wieder ins alte Amt berufen.

Auslöser der Streitereien waren stets Fehlritte Einzelner, wie sie auch unter Schützen oder anderen Vereinsmeiern vorkommen. Mal hatte der Vorstand ein Mitglied aus der Gemeindegasse – satzungswidrig – ein



Centrum Judaicum: Besuch vom Staatsanwalt

Darlehen gewährt, mal einem zugewanderten Repräsentanten Büromiete und Telefonkosten bezahlt. Fredy Gross hatte Gemeindegut in Privatbesitz überführt und bei den Spesen großzügig gerechnet, wobei er die Vorwürfe „nicht stichhaltig“ findet. Der Vorstand hatte auf eine Anzeige verzichtet, „um nicht eine jüdische Existenz zu vernichten“.

Solch lässiges Finanzgebaren wird durch üppige staatliche Subventionen gefördert. Rund 85 Prozent des Haushalts von etwa 25 Millionen Euro werden vom Land Berlin aufgebracht. „In der Gemeinde hat die traditionelle Berliner Subventionitis überlebt“, klagt ein Ex-Vorsitzender, „das ist das alte West-Berlin hoch drei.“

Die Selbstbedienung wurde noch potenziert durch den Bedarf an Zuwendungen und Jobs vieler Zuwanderer. Von den rund 200 000, die seit 1989 aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten aufgrund ihrer „jüdischen Nationalität“ in Deutschland aufgenommen wurden, haben die meisten schon wegen mangelnder Sprachkenntnisse auf dem Arbeitsmarkt kaum eine Chance. Auswege bot da Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinde: Die Zahl der Angestellten stieg seit Anfang der neunziger Jahre von unter 100 auf über 400 an.

Als Finanzdezernent Dan Moses unlängst seinen Rücktritt erklärte, begründete er ihn unter anderem mit der ständigen Belästigung durch Wünsche einiger Repräsentanten „nach Geldern, Sonder-Privat-Etats, Arbeitsplätzen für sich oder für Freunde und Verwandte“.

Insofern ist der Krieg in der Berliner Gemeinde auch Klassenkampf. Während viele Zuwanderer von staatlicher Unterstützung leben, erzählte Meyer, er habe schon als Referendar einen Ferrari gefahren und sei inzwischen auf Jaguar umgestiegen, „genauer gesagt, fahre ich zwei“.

Meyer nennt die Zuwanderer „Unterprivilegierte“. Wie schon in den zwanziger



**Neuer Gemeindevorsitzender Joffe**  
*Unverdächtige Vita, keine Ermittlungen*

Jahren den assimilierten und wohlhabenden Berlinern jüdischen Glaubens die zugewanderten, armen „Ostjuden“ peinlich waren, sprechen heute viele Alteingesessene den Gemeinde-Neulingen jedes Demokratieverständnis und westeuropäisches Rechtsempfinden ab.

Einige ostdeutsche Gemeinden gerieten in der Tat schon durch Zuwanderer ins Visier der Ermittler: So veruntreute in Halle der aus Israel eingewanderte Eli Gampel als Vorsteher mehrere hunderttausend Euro an Gemeindegeldern und wurde zudem im Mai wegen des Waschens von mehr als neun Millionen Euro Drogengeldern zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

In Potsdam laufen Ermittlungen gegen die aus Leningrad stammende ehemalige Geschäftsführerin des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinde Brandenburg. Die Staatsanwaltschaft verdächtigt sie – obwohl sie die vom Landesrechnungshof erhobenen Vorwürfe dementiert –, unlautere Buchungstricks angewandt zu haben, um höhere Subventionen herauszuschlagen.

Auch in Berlin ist wohl nicht alles ganz koscher. Gegen Alexander Licht, der unlängst in den Vorstand und zum Finanzdezernenten gewählt wurde, ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Geldwäsche im Zusammenhang mit in die Ukraine verschobenen Autos und Bürogeräten. Licht, Geschäftsführer einer Inkasso-Firma, sagt, ihm sei „davon nichts bekannt“.

Meyer und Moses verdächtigt die Staatsanwaltschaft des Ausschreibungsbetrugs bei der Vergabe von Reinigungsarbeiten. Sie sollen die Firma Dussmann bevorzugt haben, weil eine israelische Bank, deren Repräsentant Moses ist, Mieter in einer Dussmann-Immobilie ist. Moses nennt ihre Vorwürfe „Blödsinn“, Meyer sagt, er habe „lediglich der Vorlage zugestimmt“. Die Fahnder, die etliche Dokumente beschlagnahmten, interessieren sich auch für die Vergabe der Immobilienverwaltung an eine Firma, deren Gründung im Notariat Meyers beurkundet wurde. Er habe, sagt Meyer, „diese Entscheidung gar nicht getroffen“.

So sehr sich die Kontrahenten intern auch fetzten, bis zur Sitzung am Mittwoch hielten sie sich mit öffentlichen Äußerungen zurück – aus Angst, antisemitische Ressentiments gegen die angeblich ewig um Geld schachernden Juden zu bestärken.

Aber auch außerhalb der Gemeinde ist das Aufklärungsinteresse eher gering. Im Vaterland des Holocaust, in dem es ein unbefangenes Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden noch nicht geben kann, hat sich eine positive Diskriminierung etabliert. Ein Ex-Dezernent bat einmal einen für die Gemeinde zuständigen Beamten, die korrekte Verwendung der Steuergelder zu überprüfen. Der habe nur gesagt: „Ich werde doch nicht so blöd sein, mich als Antisemit durch die Stadt jagen zu lassen.“

Als der Vorsitzende Meyer im Rahmen von Ermittlungen gegen Autoschieber in eine Telefonüberwachung geriet, befürchtete ein Staatsanwalt gleich eine Rufschädigung der Gemeinde, falls diese Kontakte ins kriminelle Milieu bekannt würden.

Meyer, so legen es die Protokolle nahe, soll zwei von dem stadtbekanntem Juwelier David Goldberg vermittelte russische Inkasso-Spezialisten gebeten haben, den Sicherheitschef der Gemeinde zu observieren. Gleichzeitig, so stellte die Staatsanwaltschaft fest, wurden den Inkasso-Experten Konkurrenzangebote für die Neuausschreibung des Sicherheitsdienstes zugespielt, um ihnen zu offiziellen Gemeinde-Aufträgen zu verhelfen. Die beiden wurden allerdings verhaftet und warten derzeit auf ihren Prozess. Meyer behauptet: „Eine Verbindung Meyer/Goldberg/Inkasso-Spezialisten gibt es nicht.“

Nun soll ein Neuer die Gemeinde aus der Krise führen und die verfeindeten Lager zusammenbringen. Gideon Joffe, 33. Der promovierte Volkswirt wurde in Israel geboren, wuchs in Berlin auf – und: Gegen ihn wird nicht ermittelt. MICHAEL SONTHEIMER



**Jüdisches Gemeindeleben bei einer Gala in Berlin: Angst vor einer Spaltung**